



11. November 2013

ver.di-Bundestarifkommission stellt die Weichen für die Tarifrunde TVöD 2014: Deutliche Einkommenszuwächse erforderlich!

Die Vorbereitungen für die **Tarifrunde 2014 mit dem Bund und der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände** laufen. Die ver.di-Bundestarifkommission für den öffentlichen Dienst hat auf ihrer Sitzung am 22./23. Oktober 2013 einstimmig die Kündigung der Entgelttabellen des TVöD zum 28. Februar 2014 beschlossen. Die Forderungen für die Tarif- und Besoldungsrunde 2014 werden am 11. Februar 2014 aufgestellt. Bis dahin gilt es, die Vorstellungen der ver.di-Mitglieder und die Möglichkeiten ihrer Durchsetzung in den Dienststellen und Betrieben zu diskutieren. Doch schon jetzt sind sich die Mitglieder der Bundestarifkommission einig:

WIR SIND ES WERT. - Wir leisten gute Arbeit und gute Arbeit muss ordentlich bezahlt werden!

Klartext:

Einkommensschere weiter geöffnet

Seit 2000 lag die Erhöhung der Löhne und Gehälter in Deutschland nur geringfügig oberhalb der Inflationsrate. In dem gleichen Zeitraum stiegen die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen um etwa 40 Prozent.

Klartext:

Konsumausgaben zurückgeblieben

Während die Wirtschaftsleistung (BIP) in den letzten zwanzig Jahren um etwa 26 Prozent angewachsen ist, sind die privaten Konsumausgaben um nicht einmal 17 Prozent gestiegen. Insbesondere in den Jahren 2006 – 2008 und wieder seit 2010 bleibt die Entwicklung der Kon-

sumausgaben deutlich hinter der wirtschaftlichen Gesamtentwicklung zurück.

Klartext:

Geld ist genug da!

Für den Zeitraum 2011 bis 2015 wird von einem Steuerplus von 15,4 % ausgegangen. Für die Kommunen sogar von einem Steuerplus von 18,1 %. Für das Jahr 2014 wird mit einem Steuerplus von 3,8%, bei den Kommunen von 3,9% gerechnet.

Durch die derzeitige konjunkturelle Entwicklung gibt es eine gute Einnahmeentwicklung bei den öffentlichen Haushalten, so dass davon ausgegangen wird, dass auch in 2013, wie bereits in 2012, die öffentlichen Haushalte mit einem Überschuss abschließen werden.

Nach dem Gemeindefinanzbericht 2013 des Deutschen Städtetages vom 10. Oktober 2013 steigt der Überschuss der deutschen Kommunen nach 1,8 Mrd. Euro in 2012 auf 4,1 Mrd. Euro in 2013.

Höchste Zeit also, dass die Beschäftigten beim Bund und den Kommunen Position beziehen. Denn höhere Einkommen werden uns nicht in den Schoß fallen.

Dafür müssen wir aktiv werden!



Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft

Wir haben Nachholbedarf

Die Realität:

Beim Bund und den Gemeinden wird weniger verdient als in der Privatwirtschaft. Diese Tendenz hat sich in den letzten Jahren fortgesetzt. In den Jahren 2000 – 2007 erhöhten sich die Einkommen der Beschäftigten im öffentlichen Dienst im Bereich des TVöD unterdurchschnittlich.

Während die Produktivität und die Inflation (sog. „Verteilungsspielraum“) sich vom Jahr 2000 bis heute um 41,1 % steigerten, erhöhten sich die Einkommen der Beschäftigten im öffentlichen Dienst nur um 29,1 %. Allerdings konnten die Tarifierhöhungen im Zeitraum 2008 - 2013 in der Summe den Verteilungsspielraum mehr als ausschöpfen (+ 4,53%). Trotz dieser Trendwende besteht aber weiterer Nachholbedarf.

Verantwortungsbewusst

Handelt daher, wer dieser Entwicklung mit einer nachhaltigen Einkommenssteigerung entgegen-

wirkt. Denn das ist nicht nur gerecht, sondern auch Würdigung der Arbeit der Beschäftigten. Sie erbringen täglich engagierte und kompetente öffentliche Dienstleistungen!

Ein Abschlag für den öffentlichen Dienst ist nicht gerechtfertigt!

Seit nun schon zwei Jahrzehnten werden im öffentlichen Dienst überproportional Arbeitsplätze abgebaut. Ständige Arbeitsverdichtung bei immer höheren Anforderungen ist die Folge für die Beschäftigten. Diese Leistungen müssen auch entsprechend bezahlt werden!

**MITMACHEN.
MITENTSCHEIDEN.
MITGLIED WERDEN.**



■ Beitrittserklärung

■ Änderungsmittteilung

Mitgliedsnummer

Titel/Vorname/Name

Straße

Hausnummer

PLZ

Wohnort

Staatsangehörigkeit

Telefon

E-Mail

Ich möchte Mitglied werden ab

Geburtsdatum

Geschlecht

weiblich

männlich

Beschäftigungsdaten

- Arbeiter/in Beamter/in freie/r Mitarbeiter/in
 Angestellte/r Selbständige/r Erwerbslos

- Vollzeit
 Teilzeit, Anzahl Wochenstunden:

- Azubi-Volontär/in-Referendar/in Schüler/in-Student/in (ohne Arbeitseinkommen)

bis

bis

- Praktikant/in Altersteilzeit

bis

bis

- ich bin Meister/in-Techniker/in-Ingenieur/in

- Sonstiges:

Bin/war beschäftigt bei (Betrieb/Dienststelle/Firma/Filiale)

Straße

Hausnummer

PLZ

Ort

Branche

ausgeübte Tätigkeit

monatl. Bruttoverdienst

Lohn-/Gehaltsgruppe

Tätigkeits-/Berufsjahre

€

Werber/in

Name Werber/in

Mitgliedsnummer

Monatsbeitrag in Euro

Der Mitgliedsbeitrag beträgt nach § 14 der ver.di-Satzung pro Monat 1 % des regelmäßigen monatlichen Bruttoverdienstes, jedoch mind. 2,50 Euro.

Ich war Mitglied in der Gewerkschaft

von

bis

Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft
Gläubiger-Identifikationsnummer:
DE61ZZZ00000101497
Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt.

kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belastenden Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Vorname und Name (Kontoinhaber/in)

Straße und Hausnummer

PLZ

Ort

BIC

Kreditinstitut

IBAN

Ort, Datum und Unterschrift

Datenschutz

Ich erkläre mich gemäß § 4a Abs. 1 und 3 BDSG einverstanden, dass mein Beschäftigungs- und Mitgliedschaftsverhältnis betreffende Daten, deren Änderungen und Ergänzungen, im Rahmen der Zweckbestimmung meiner Gewerkschaftsmemberschaft und der Wahrnehmung gewerkschaftspolitischer Aufgaben elektronisch verarbeitet und genutzt werden. Ergänzend gelten die Regelungen des Bundesdatenschutzgesetzes in der jeweiligen Fassung.

Ort, Datum und Unterschrift